

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Juni 2000 über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)

A. Problem und Ziel

Einrichtung und Unterhaltung eines Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems (EUCARIS), das vor allem der Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen Rechtsvorschriften im Bereich der Fahrzeugzulassung, der Fahrerlaubnisse und sonstiger fahrzeugbezogener Straftaten dienen soll.

B. Lösung

Der von Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland am 29. Juni 2000 unterzeichnete Vertrag enthält die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Vertrags geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

Für den Betrieb des EUCARIS-Verfahrens entstehen beim Kraftfahrt-Bundesamt zurzeit jährlich Kosten für Leitungsverbindungen in Höhe von rd. 48 000 Euro, für Software-Lizenzen in Höhe von rd. 1 070 Euro und für die gemeinsame Administration durch alle Partnerstaaten

Fristablauf: 23. 05. 03

anteilig in Höhe von bis zu 40 000 Euro. Die erforderlichen Mittel werden im Einzelplan 12 des Bundeshaushalts erwirtschaftet.

Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Gemeinden sind nicht gegeben.

E. Sonstige Kosten

Im Übrigen entstehen Kosten durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

11. 04. 03

Vk – In

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 29. Juni 2000
über ein Europäisches Fahrzeug- und
Führerscheininformationssystem (EUCARIS)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 11. April 2003

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Juni 2000 über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Gerhard Schröder

Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 29. Juni 2000
über ein Europäisches Fahrzeug- und
Führerscheininformationssystem (EUCARIS)**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 29. Juni 2000 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 22 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 22 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Die Voraussetzungen, um nach dem EUCARIS-Vertrag verfahren zu können, sind beim Kraftfahrt-Bundesamt bereits im Jahr 2000 geschaffen worden. Die hiermit verbundenen Kosten sind im Rahmen des Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze vom 24. April 1998 (BGBl. I S. 747) berücksichtigt worden. Für den laufenden Betrieb des EUCARIS-Verfahrens entstehen beim Kraftfahrt-Bundesamt zurzeit jährlich Kosten für Leitungsverbindungen in Höhe von rd. 48 000 Euro, für Software-Lizenzen in Höhe von rd. 1 070 Euro und für die gemeinsame Administration durch alle Partnerstaaten anteilig in Höhe von bis zu 40 000 Euro. Die erforderlichen Mittel werden im Einzelplan 12 des Bundeshaushalts erwirtschaftet. Die tatsächliche Höhe der Verwaltungskosten hängt u. a. von der jeweiligen Anzahl der Teilnehmerstaaten und der Höhe ihrer Kostenbeteiligung ab. Der Beitritt weiterer Teilnehmerstaaten ist erst zulässig, wenn der Vertrag gemäß seinem Artikel 22 in Kraft getreten ist.

Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Gemeinden sind nicht gegeben. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass für die Wirtschaft, insbesondere auch für mittelständische Unternehmen, keine Kosten entstehen; Auswirkungen des Gesetzes auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Vertrag
über ein Europäisches Fahrzeug- und
Führerscheininformationssystem (EUCARIS)

Treaty
concerning a European Vehicle and
Driving Licence Information System
(EUCARIS)

Traité
sur un Système d'Information Européen
concernant les Véhicules
et les Permis de conduire (EUCARIS)

Das Königreich Belgien;
die Bundesrepublik Deutschland;
das Großherzogtum Luxemburg;
das Königreich der Niederlande;
das Vereinigte Königreich von Groß-
britannien und Nordirland;

nachstehend bezeichnet als die Vertrags-
parteien,

in der Erwägung, dass es die Aufgabe
der für die Registrierung von Fahrzeug-
und Führerscheindaten zuständigen zen-
tralen Behörden ist, zur Verhinderung,
Ermittlung und Verfolgung von Verstößen
gegen einzelstaatliche Vorschriften beizu-
tragen;

in der Erkenntnis der Notwendigkeit
eines effektiven gegenseitigen Informations-
austausches über Führerscheindaten,
um sicherzustellen, dass Personen in Über-
einstimmung mit den nationalen und inter-
nationalen Vorschriften zum Führen von
Fahrzeugen berechtigt sind;

in der Erkenntnis ebenso der Notwendig-
keit eines effektiven gegenseitigen Informa-
tionsaustausches über Fahrzeugdaten, um
sicherzustellen, dass Fahrzeuge für den
Straßenverkehr korrekt zugelassen und/
oder registriert sind;

eingedenk der Bedeutung der Vorhal-
tung genauer Fahrzeug- und Führerschein-
daten, die im Zusammenhang mit der
Ermittlung und Verfolgung von Verstößen
verwendet werden können;

in der Erwägung, dass die öffentliche
Sicherheit durch die Zunahme von
grenzüberschreitenden, fahrzeugbezogenen
Straftaten ernsthaft bedroht ist;

in der Überzeugung, dass die Zusam-
menarbeit zwischen den zentralen für
die Registrierung von Fahrzeug- und

The Kingdom of Belgium;
the Federal Republic of Germany;
the Grand Duchy of Luxembourg;
the Kingdom of the Netherlands;
the United Kingdom of Great Britain and
Northern Ireland;

hereinafter referred to as the contracting
Parties,

Considering that it is the task of the cen-
tral authorities responsible for the registra-
tion of vehicle and driving licence data to
contribute to the prevention, investigation
and prosecution of offences against the
regulations of individual States;

Recognising the need for an effective
mutual exchange of information about driv-
ing licence data in order to ensure that
people are qualified to drive vehicles in
accordance with national and international
regulations;

Recognising the need also for an effec-
tive mutual exchange of information about
vehicle data in order to ensure that vehicles
are correctly licensed and/or registered for
use on the road;

Mindful of the importance of holding
accurate vehicle and driving licence data
that can be used in relation to the investi-
gation and prosecution of offences;

Considering that public safety is serious-
ly threatened by the increase in internatio-
nal vehicle-related crime;

Convinced that co-operation between
the central authorities responsible for the
registration of vehicle and driving licence

Le Royaume de Belgique,
la République Fédérale d'Allemagne,
le Grand-Duché de Luxembourg,
le Royaume des Pays-Bas,
le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et
d'Irlande du Nord,

ci-après dénommés les Parties contrac-
tantes,

Considérant qu'il appartient aux autorités
centrales compétentes pour l'enregistre-
ment des données relatives aux véhicules
et aux permis de conduire de contribuer à
la prévention, à la recherche et à la pour-
suite d'infractions contre les prescriptions
des différents États;

Reconnaissant la nécessité d'un échan-
ge mutuel efficace d'informations sur les
permis de conduire afin de garantir que les
personnes sont qualifiées pour conduire
des véhicules en conformité avec les pres-
criptions nationales et internationales;

Reconnaissant aussi la nécessité d'un
échange mutuel efficace d'informations sur
les données relatives aux véhicules afin de
garantir que ces derniers sont correcte-
ment immatriculés et/ou enregistrés en vue
de leur admission à la circulation routière;

Conscientes de l'importance de dispo-
ser de données exactes sur les véhicules et
les permis de conduire qui peuvent servir
dans le cadre de la recherche et de la pour-
suite d'infractions;

Considérant que la sûreté publique est
sérieusement mise en cause par la dimen-
sion croissante de la criminalité transfron-
talière en relation avec des véhicules;

Persuadées que la coopération entre les
autorités centrales compétentes pour l'en-
registrement des données relatives aux

Führerscheindaten zuständigen Behörden verstärkt werden muss, indem Verfahren festgelegt werden, die diesen Behörden sowohl ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen als auch den Austausch von personenbezogenen und sonstigen Daten über die Registrierung von Fahrzeugen und Führerscheinen mit Hilfe neuer Datenmanagement- und -übertragungstechnologien ermöglichen;

im Hinblick auf die Datenschutzbestimmungen der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995;

sind wie folgt übereingekommen:

data must be reinforced by laying down procedures enabling these authorities both to co-ordinate their actions and to exchange personal and other information concerning the registration of vehicles and driving licences with the aid of new data management and data transmission technology;

Considering the data protection provisions of Directive 95/46/EC of the European Parliament and of the Council of 24 October 1995;

have agreed the following:

véhicules et aux permis de conduire doit être renforcée par la détermination de procédures qui permettent à ces autorités à la fois une démarche concordante et un échange de données personnelles et d'autres informations relatives à l'enregistrement de véhicules et de permis de conduire à l'aide de nouvelles technologies de gestion et de transmission de données;

Considérant les dispositions de protection des données de la directive 95/46/CE du Parlement Européen et du Conseil du 24 octobre 1995;

sont convenues des dispositions suivantes:

Kapitel I

Begriffsbestimmungen

Artikel 1

Im Sinne dieses Vertrags bezeichnet der Ausdruck:

1. „Partei“, jede Partei des Vertrags, d. h. entweder eine Vertragspartei oder eine Partei, die dem Vertrag beigetreten ist;
2. „zentrale registerführende Behörden“, die Behörden der Parteien, die für die Führung der zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregister verantwortlich sind;
3. „nationale Vorschriften“, alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften einer Partei, für deren Durchführung die zentralen registerführenden Behörden dieser Partei ganz oder teilweise zuständig sind, betreffend:
 - a) die Zulassung oder Registrierung von Fahrzeugen; und
 - b) die Erteilung und Registrierung von Führerscheinen;
4. „personenbezogene Daten“, alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person.

Chapter I

Definitions

Article 1

In this Treaty the terms:

- (1) "Party" denotes any party to the Treaty, i.e. either a contracting Party or a Party having acceded to the Treaty;
- (2) "central registration authorities" denotes the authorities of the Parties which are responsible for managing the central registers of vehicles and driving licences;
- (3) "national regulations" denotes all legal and administrative regulations of a Party for the implementation of which the central registration authorities of this Party are responsible, in whole or in part, with regard to:
 - a) the licensing or registration of vehicles and
 - b) the issuing and registration of driving licences;
- (4) "personal data", denotes any information about a particular or identifiable person.

Chapitre I

Définitions

Article 1

Au sens du présent Traité on entend par:

- (1) «Partie», une quelconque partie du Traité, c.-à-d. soit une partie contractante, soit une partie adhérente au Traité;
- (2) «autorités centrales», les autorités des Parties qui sont responsables de la gestion des banques de données centrales relatives aux véhicules et aux permis de conduire;
- (3) «prescriptions nationales», toutes les règles juridiques et administratives d'une Partie pour l'exécution desquelles les autorités centrales de cette Partie sont responsables, intégralement ou partiellement, en matière:
 - a) d'immatriculation ou d'enregistrement de véhicules, et
 - b) de délivrance et d'enregistrement de permis de conduire;
- (4) «données personnelles», toutes les informations relatives à une personne physique déterminée ou susceptible d'être déterminée.

Kapitel II

Einrichtung eines Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems (EUCARIS)

Artikel 2

(1) Die zentralen registerführenden Behörden errichten und unterhalten ein gemeinsames System für den Austausch von Fahrzeug- und Führerscheindaten, nachstehend „Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem“ (EUCARIS) genannt.

Chapter II

Setting up a European Vehicle and Driving Licence Information System (EUCARIS)

Article 2

(1) The central registration authorities shall set up and maintain a common system for the exchange of vehicle and driving licence data, hereinafter referred to as the "European Vehicle and Driving Licence Information System", known as EUCARIS.

Chapitre II

Institution d'un Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire (EUCARIS)

Article 2

(1) Les autorités centrales mettent au point et tiennent à jour un système commun pour l'échange de données relatives aux véhicules et aux permis de conduire, ci-après dénommé «Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire», connu sous le nom «EUCARIS».

(2) Zweck des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems ist es:

- i) die Richtigkeit und Zuverlässigkeit der zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregister der Parteien zu gewährleisten;
- ii) die Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen einzelstaatliche Rechtsvorschriften im Bereich der Führerscheine, der Fahrzeugzulassung und anderen fahrzeugbezogenen Betrugsdelikten und Straftaten zu unterstützen; und
- iii) Informationen schnell auszutauschen, um somit die Effizienz von Verwaltungsmaßnahmen zu steigern, die von den zuständigen Behörden nach den nationalen Vorschriften der Parteien getroffen werden.

(2) The purpose of the European Vehicle and Driving Licence Information System is:

- i) to ensure that the central vehicle and driving licence registers of the Parties are accurate and reliable;
- ii) to assist in preventing, investigating and prosecuting offences against the laws of individual States in the field of driving licences, vehicle registration and other vehicle-related fraud and criminality; and
- iii) to exchange information rapidly in order to increase the efficiency of administrative measures taken by the relevant authorities according to the legal and administrative regulations of the Parties.

(2) L'objet du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire consiste:

- i) à garantir l'exactitude et la fiabilité des banques de données centrales des Parties relatives aux véhicules et aux permis de conduire;
- ii) à contribuer, à prévenir, à rechercher et à poursuivre les infractions contre les lois des différents États dans le domaine des permis de conduire, de l'enregistrement de véhicules et d'autres fraudes et actions criminelles en relation avec des véhicules; et
- iii) à échanger rapidement les informations afin d'augmenter l'efficacité des mesures administratives que les autorités compétentes ont engagées en conformité avec les règles juridiques et administratives des Parties.

Kapitel III

Betrieb und Benutzung des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems

Artikel 3

Im Rahmen des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems ermöglichen die zentralen registerführenden Behörden einander die Einsichtnahme in einen ausgewählten Teil der in den jeweiligen Fahrzeug- und Führerscheinregistern der Parteien gespeicherten Daten.

Hierfür hält jede zentrale registerführende Behörde ihre eigene Hardware vor, die auf der Grundlage einer einheitlichen Software Zugriff auf die zur Erreichung des Vertragszwecks aus den von ihr geführten zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregistern bereitgestellten Daten gestattet und den Zugriff auf die Daten aus den zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregistern der anderen Parteien ermöglicht.

Artikel 4

Zur Erreichung des Zwecks nach Artikel 2 Absatz 2 nehmen die zentralen registerführenden Behörden unter Verwendung automatisierter Verfahren Datenabrufe, wie in den Artikeln 3 und 5 erwähnt, aus den zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregistern für folgende Aufgaben vor:

- a) Zentrales Fahrzeugregister:

Wird die Zulassung eines Fahrzeuges im Zuständigkeitsbereich einer zentralen registerführenden Behörde beantragt, das vorher im Zuständigkeitsbereich einer anderen zentralen registerführenden Behörde zugelassen war, so sind die vom Antragsteller angegebenen Daten mit den

Chapter III

Operation and application of the European Vehicle and Driving Licence Information System

Article 3

Within the framework of the European Vehicle and Driving Licence Information System, the central registration authorities shall allow one another to access a selected part of the data stored in the central vehicle and driving licence registers of the Parties.

For this purpose, each central registration authority shall have its own hardware which, by using common software, shall allow access to the data from its own central vehicle and driving licence registers for the purpose of achieving the aim of the Treaty and shall give access to the data from the central vehicle and driving licence registers of the other Parties.

Article 4

In order to achieve the purpose set out in Article 2 paragraph (2), the central registration authorities shall, using automated procedures, retrieve the data as mentioned in Articles 3 and 5 from the central vehicle and driving licence registers in order to perform the following duties:

- a) Central vehicle register:

If an application to register a vehicle is made in the area of responsibility of a central registration authority and if that vehicle has previously been registered in the area of responsibility of another central registration authority, the information provided by the applicant shall be checked against the

Chapitre III

Gestion et utilisation du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire

Article 3

Dans le cadre du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire, les autorités centrales rendent possible l'accès réciproque à une partie déterminée des données enregistrées dans les banques de données relatives aux véhicules et aux permis de conduire des Parties.

À cette fin, chaque autorité centrale dispose de son propre matériel informatique qui, grâce à l'utilisation de logiciels communs, permet l'accès aux données de ses propres banques de données centrales relatives aux véhicules et aux permis de conduire aux fins de la réalisation de l'objet du Traité, et rend accessible les données des banques de données centrales relatives aux véhicules et aux permis de conduire des autres Parties.

Article 4

Aux fins de la réalisation de l'objet défini à l'article 2, alinéa (2), les autorités centrales sont tenues, en prenant recours à des procédures automatisées, d'extraire, conformément aux articles 3 et 5, les données des banques de données centrales relatives aux véhicules et aux permis de conduire en vue d'assurer les tâches suivantes:

- a) Banque de données centrale relative aux véhicules:

Si une demande pour l'immatriculation d'un véhicule est présentée dans le ressort d'une autorité centrale et si ce véhicule a été préalablement immatriculé dans le ressort d'une autre autorité centrale, les données fournies par le requérant doivent être comparées avec celles de la banque de

Daten im zentralen Fahrzeugregister der Partei, in deren Hoheitsgebiet das Fahrzeug bisher zugelassen war, abzugleichen.

Lassen die vom Antragsteller angegebenen Daten den Schluss zu, dass das Fahrzeug in der Vergangenheit im Hoheitsgebiet einer weiteren Partei zugelassen war, so sind die vom Antragsteller angegebenen Daten auch mit dem zentralen Fahrzeugregister dieser Partei abzugleichen.

b) Zentrales Führerscheinregister:

Wird die Erteilung eines Führerscheins im Zuständigkeitsbereich einer zentralen registerführenden Behörde beantragt, so kann diese Behörde durch Einsichtnahme in die Daten der zentralen Führerscheinregister der übrigen Parteien prüfen, ob dem Antragsteller in der Vergangenheit ein noch gültiger Führerschein ausgestellt wurde.

Ebenso ist zu verfahren, wenn die Ersatzausstellung oder der Umtausch eines Führerscheins beantragt wird, der im Zuständigkeitsbereich einer anderen zentralen registerführenden Behörde ausgestellt wurde.

Wird ein Führerschein, der im Zuständigkeitsbereich einer anderen zentralen registerführenden Behörde ausgestellt wurde, einer zentralen registerführenden Behörde zur Registrierung vorgelegt, so ist ein Datenabgleich mit dem zentralen Führerscheinregister der Partei durchzuführen, in deren Hoheitsgebiet der Führerschein ausgestellt wurde.

Artikel 5

(1) Für den Abruf im automatisierten Verfahren durch die zentralen registerführenden Behörden müssen die folgenden Daten verfügbar sein:

a) Zentrales Fahrzeugregister:

- i) Hersteller (und Typ, falls verfügbar);
- ii) Fahrzeugidentifizierungsnummer;
- iii) amtliches Kennzeichen;
- iv) Datum der ersten Zulassung;
- v) Art des Kraftstoffs und/oder Art des Antriebs;
- vi) Hinweis auf Diebstahl.

b) Zentrales Führerscheinregister:

- i) Dokumentennummer und/oder Führerscheinnummer;
- ii) Familienname oder Geburtsname, Vornamen;
- iii) Tag und Ort der Geburt;
- iv) Klassen;
- v) Auflagen und Beschränkungen;
- vi) Gültigkeitsdauer;

information from the central vehicle register of the Party in whose territory the vehicle was previously registered.

If the information provided by the applicant leads to the conclusion that the vehicle was previously registered in the territory of another Party, the information provided by the applicant should also be checked against the information from the central vehicle register of that Party.

b) Central driving licence register:

If an application for a driving licence is made in the area of responsibility of a central registration authority, that authority may, by inspecting the information from the central driving licence registers of the other Parties, check whether the applicant has in the past been issued with a driving licence that is still valid.

The same procedure shall be followed if an application is made for the replacement or the exchange of a driving licence that has been issued in the area of responsibility of another central registration authority.

If a driving licence that has been issued in the area of responsibility of another central registration authority is presented to a central registration authority for registration, a data check shall be made against the information in the central driving licence register of the Party in whose territory the driving licence has been issued.

Article 5

(1) The following data shall be available for retrieval through the automated procedure used by the central registration authorities:

a) Central vehicle register:

- i) manufacturer (and model, if available);
- ii) vehicle identification number;
- iii) registration number;
- iv) date of first registration;
- v) type of fuel and/or type of drive;
- vi) confirmation of theft.

b) Central driving licence register:

- i) document number and/or driving licence number;
- ii) surname or surname at birth, forenames;
- iii) date and place of birth;
- iv) categories;
- v) conditions and restrictions;
- vi) period of validity;

données centrale relative aux véhicules de la Partie sur le territoire de laquelle le véhicule était immatriculé auparavant.

Si les données fournies par le requérant permettent d'établir que le véhicule avait été immatriculé auparavant sur le territoire national d'une autre Partie, les données fournies par le requérant sont en outre à comparer avec celles de la banque de données centrale relative aux véhicules de cette Partie.

b) Banque de données centrale relative aux permis de conduire:

Si la délivrance d'un permis de conduire est demandée dans le ressort d'une autorité centrale, celle-ci est autorisée à vérifier, en examinant les données disponibles dans les banques de données centrales relatives aux permis de conduire des autres Parties, si le requérant s'est vu délivrer dans le passé un permis de conduire qui est toujours valable.

La même procédure est d'application si une demande est présentée pour le remplacement ou l'échange d'un permis de conduire qui a été délivré dans le ressort d'une autre autorité centrale.

Si un permis de conduire qui a été délivré dans le ressort d'une autre autorité centrale est présenté auprès d'une autorité centrale aux fins de son enregistrement, une comparaison des données doit avoir lieu avec les données de la banque de données centrale relative aux permis de conduire de la Partie sur le territoire de laquelle le permis de conduire a été délivré.

Article 5

(1) Les données suivantes doivent être disponibles en vue d'être récupérées par le biais de la procédure automatisée utilisée par les autorités centrales:

a) Banque de données centrale relative aux véhicules:

- i) constructeur (et, si disponible, type);
- ii) numéro d'identification du véhicule;
- iii) numéro d'immatriculation;
- iv) date de la première immatriculation;
- v) type de carburant et/ou genre de propulsion;
- vi) confirmation de vol.

b) Banque de données centrale relative aux permis de conduire:

- i) numéro du document et/ou numéro du permis de conduire;
- ii) nom ou nom de naissance, prénoms;
- iii) date et lieu de naissance;
- iv) catégories;
- v) conditions et restrictions;
- vi) durée de validité;

vii) Entziehung, Rücknahme, Fahrverbote, Sicherstellung und Verwahrung;

viii) Tag der Erteilung.

(2) Vereinbarungen über den Abruf weiterer Daten durch die zentralen registerführenden Behörden im Rahmen nationaler Vorschriften bleiben unberührt.

vii) disqualification, withdrawal, driving bans, seizure and custody;

viii) date of issue.

(2) Agreements concerning the retrieval of other information by the central registration authorities within the framework of national regulations are not affected.

vii) suspension, retrait, interdiction de conduire, saisie et dépôt en garde;

viii) date de délivrance.

(2) Des accords concernant la récupération d'autres données par les autorités centrales dans le cadre de prescriptions nationales ne sont pas affectés.

Artikel 6

Zur Erreichung des Zwecks nach Artikel 2 Absatz 2 leiten die zentralen registerführenden Behörden nach Maßgabe der nationalen Vorschriften der Parteien vor der Vornahme weiterer Verwaltungshandlungen aufklärende Maßnahmen ein, falls Zweifel über die tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse an Fahrzeugen oder Führerscheinen bestehen.

Diese Maßnahmen sind in folgenden Fällen erforderlich:

a) Zentrales Fahrzeugregister:

i) wenn die im Rahmen des Zulassungsverfahrens vom Antragsteller angegebenen Daten im zentralen Fahrzeugregister der Partei, in deren Hoheitsgebiet das Fahrzeug bisher registriert gewesen sein soll, nicht auffindbar sind;

ii) wenn die im Rahmen des Zulassungsverfahrens vom Antragsteller angegebenen Daten von den Daten des zentralen Fahrzeugregisters der Partei abweichen, in deren Hoheitsgebiet das Fahrzeug bisher registriert war;

iii) wenn das Fahrzeug, dessen Zulassung beantragt wird, nach Angaben des zentralen Fahrzeugregisters einer Partei als gestohlen gemeldet ist.

b) Zentrales Führerscheinregister:

i) wenn im Rahmen des Verfahrens der Ersatzausstellung, des Umtauschs oder der Registrierung eines Führerscheins festgestellt wird, dass nach den Angaben des zentralen Führerscheinregisters einer Partei bereits ein gültiger Führerschein auf den Namen des Antragstellers ausgestellt worden ist;

ii) wenn im Rahmen des Verfahrens der Ersatzausstellung, des Umtauschs oder der Registrierung eines Führerscheins die vom Antragsteller angegebenen Daten im zentralen Führerscheinregister der Partei, in deren Hoheitsgebiet der Führerschein ausgestellt wurde, nicht auffindbar sind oder von diesen abweichen;

Article 6

In order to achieve the purpose set out in Article 2 paragraph (2), the central registration authorities shall, in accordance with the national regulations of the Parties, arrange for action to be taken to clarify the situation before taking further administrative measures, if there is any doubt about the actual or legal conditions of the vehicles or driving licences.

These actions shall be taken in the following cases:

a) Central vehicle register:

i) if the information provided by the applicant within the process for registration cannot be found in the central vehicle register of the Party in whose territory the vehicle is supposed to have been previously registered;

ii) if the information provided by the applicant within the process for registration is different from the information held in the central vehicle register of the Party in whose territory the vehicle was previously registered;

iii) if according to the information held in the central vehicle register of one of the Parties, the vehicle to which the registration application refers is reported as stolen.

b) Central driving licence register:

i) if within the process for replacing, exchanging or registering a driving licence it is stated that, according to the information held in the central driving licence register of one of the Parties, a valid driving licence has already been issued in the name of the applicant;

ii) if within the process for replacing, exchanging or registering a driving licence the information provided by the applicant cannot be found in the central driving licence register of the Party in whose territory the driving licence was issued or is different;

Article 6

Aux fins de la réalisation de l'objet défini à l'article 2, alinéa (2), les autorités centrales font le nécessaire, conformément aux prescriptions nationales des Parties, pour que des mesures soient prises pour clarifier la situation avant toute autre démarche administrative, s'il existe des doutes sur la situation réelle ou juridique des véhicules ou des permis de conduire.

Ces mesures doivent être prises dans les cas suivants:

a) Banque de données centrale relative aux véhicules:

i) si les données fournies par le requérant dans le cadre de la procédure d'immatriculation ne peuvent pas être trouvées dans la banque de données centrale relative aux véhicules de la Partie sur le territoire national de laquelle le véhicule est censé avoir été immatriculé préalablement;

ii) si les données fournies par le requérant dans le cadre de la procédure d'immatriculation diffèrent de celles de la banque de données centrale relative aux véhicules de la Partie sur le territoire national de laquelle le véhicule était immatriculé préalablement;

iii) si, selon les indications de la banque de données centrale relative aux véhicules d'une Partie; le véhicule dont l'immatriculation est demandée, est déclaré volé.

b) Banque de données centrale relative aux permis de conduire:

i) si dans le cadre de la procédure de remplacement, d'échange ou d'enregistrement d'un permis de conduire, il est établi que, selon les indications de la banque de données centrale relative aux permis de conduire d'une Partie, un permis de conduire valable a déjà été délivré au nom du requérant;

ii) si dans le cadre de la procédure de remplacement, d'échange ou d'enregistrement d'un permis de conduire, les données fournies par le requérant ne peuvent pas être trouvées dans la banque de données centrale relative aux permis de conduire de la Partie sur le territoire national de laquelle le permis de conduire a été délivré ou si elles diffèrent de celles qui y sont contenues;

iii) wenn im Rahmen des Verfahrens der Ersatzausstellung, des Umtauschs oder der Registrierung eines Führerscheins festgestellt wird, dass nach den Angaben des zentralen Führerscheinregisters einer Partei der Inhaber die Voraussetzungen für den Besitz eines Führerscheins verloren hat oder er mit einem Fahrverbot belegt wurde und/oder sein Führerschein entzogen, sichergestellt oder in Verwahrung genommen wurde.

Artikel 7

(1) Wird ein Fahrzeug im Hoheitsgebiet einer Partei zugelassen, das vorher im Hoheitsgebiet einer anderen Partei zugelassen war, so unterrichtet die zentrale registerführende Behörde hiervon unverzüglich die zentrale registerführende Behörde der Partei, in deren Hoheitsgebiet das Fahrzeug zuletzt zugelassen war. Dabei sind neben dem Zeitpunkt der Zulassung die in Artikel 5 genannten Fahrzeugregisterdaten zu übermitteln.

(2) Wird im Hoheitsgebiet einer Partei die Ersatzausstellung, der Umtausch oder die Registrierung eines Führerscheins vorgenommen, der im Hoheitsgebiet einer anderen Partei ausgestellt wurde, so unterrichtet die zentrale registerführende Behörde hiervon unverzüglich die zentrale registerführende Behörde der Partei, die den Führerschein ausgestellt hat. Dabei sind neben dem Zeitpunkt der Ersatzausstellung, des Umtauschs oder der Registrierung die in Artikel 5 genannten Führerscheinregisterdaten zu übermitteln.

Artikel 8

(1) Der unmittelbare Zugang zu den im Rahmen des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems zum Abruf bereitgehaltenen Daten ist den zentralen registerführenden Behörden der Parteien vorbehalten.

(2) Diese Behörden tragen für ihre Partei die Verantwortung für den ordnungsgemäßen Betrieb des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems und stellen durch entsprechende Maßnahmen sicher, dass die Bestimmungen des Vertrags eingehalten werden.

Artikel 9

Daten, die im Rahmen des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems übermittelt werden, dürfen von den zentralen registerführenden Behörden nach Maßgabe der nationalen Vorschriften der Parteien ausschließlich zur Erreichung des in Artikel 2 Absatz 2 genannten Zwecks an die Verwaltungsbehörden weitergegeben werden, die für die Zulassung und Registrierung von Fahrzeugen und die Erteilung und Registrierung von Führerscheinen zuständig sind.

Nach den nationalen Vorschriften der Parteien dürfen diese Daten ausschließlich

iii) if within the process for replacing, exchanging or registering a driving licence it is stated that, according to the information held in the central driving licence register of one of the Parties, the holder of the licence is disqualified or banned and/or his licence is withdrawn, seized or in custody.

Article 7

(1) If a vehicle that was previously registered in the territory of one of the Parties is registered in the territory of another of the Parties, the central registration authority shall immediately report this to the central registration authority of the Party in whose territory the vehicle was last registered. The vehicle register data mentioned in Article 5 shall be given as well as the date of registration.

(2) If a driving licence that was issued in the territory of one of the Parties is replaced, exchanged or registered in the territory of another of the Parties, the central registration authority shall immediately report this to the central registration authority of the Party that issued the driving licence. The driving licence register data mentioned in Article 5 shall be given as well as the date of replacement, exchange or registration.

Article 8

(1) Direct access to the data stored ready for retrieval under the European Vehicle and Driving Licence Information System is restricted to the central registration authorities of the Parties.

(2) These authorities are responsible, on behalf of their Party, for the correct operation of the European Vehicle and Driving Licence Information System, and shall take the appropriate action to ensure that the provisions of the Treaty are observed.

Article 9

Information that is transmitted under the European Vehicle and Driving Licence Information System may be passed on by the central registration authorities, in accordance with the national regulations of the Parties in order exclusively to achieve the purpose set out in Article 2 paragraph (2), to the administrative authorities responsible for registering vehicles and issuing and registering driving licences.

In accordance with the national regulations of the Parties, this information may be

iii) si dans le cadre de la procédure de remplacement, d'échange ou d'enregistrement d'un permis de conduire, il est établi que, selon les indications de la banque de données centrale relative aux permis de conduire d'une Partie, le titulaire du permis a perdu son droit de conduire ou qu'il fait l'objet d'une interdiction de conduire et/ou que son permis de conduire a été retiré, saisi ou gardé en dépôt.

Article 7

(1) Si un véhicule qui a été immatriculé sur le territoire national d'une Partie est immatriculé sur le territoire national d'une autre Partie, l'autorité centrale en informe sur-le-champ l'autorité centrale de la Partie sur le territoire national de laquelle le véhicule était immatriculé en dernier lieu. Les données relatives au véhicule mentionnées à l'article 5 doivent être communiquées en même temps que la date d'immatriculation.

(2) Si un permis de conduire qui a été délivré sur le territoire national d'une Partie est remplacé, échangé ou enregistré sur le territoire national d'une autre Partie, l'autorité centrale en informe sur-le-champ l'autorité centrale de la Partie qui a délivré le permis de conduire. Les données relatives au permis de conduire mentionnées à l'article 5 doivent être communiquées en même temps que la date de remplacement, d'échange ou d'enregistrement.

Article 8

(1) L'accès direct aux données disponibles en vue de leur récupération dans le cadre du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire est réservé aux autorités centrales des Parties.

(2) Ces autorités sont responsables, pour compte de leur Partie, de la gestion conforme du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire et prennent les mesures appropriées pour assurer le respect des dispositions du Traité.

Article 9

Les données qui sont communiquées dans le cadre du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire ne doivent être transmises par les autorités centrales aux autorités administratives compétentes pour l'immatriculation de véhicules et pour la délivrance et l'enregistrement de permis de conduire que conformément aux prescriptions nationales des Parties, aux seules fins de la réalisation de l'objet défini à l'article 2, alinéa (2).

Conformément aux prescriptions nationales des Parties, ces données ne peuvent

an Polizei-, Zoll-, Strafverfolgungs- und nationale Sicherheitsbehörden, zur Erreichung des in Artikel 2 Absatz 2 genannten Zwecks, weitergeleitet werden. Diese Daten dürfen in keinem Fall an ein anderes Gremium oder an eine andere Organisation weitergegeben werden.

Artikel 10

Die zentralen registerführenden Behörden stellen sicher, dass alle Dokumente anderer zentralen registerführenden Behörden, die sie erhalten haben, ungültig gemacht, vernichtet oder an die entsprechende Behörde zurückgegeben werden, nach Maßgabe der nationalen Vorschriften der Parteien.

Kapitel IV Datenschutz

Artikel 11

(1) Die Parteien dürfen die im Rahmen des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems übermittelten Daten nur zur Erreichung des in Artikel 2 Absatz 2 genannten Zwecks verwenden.

(2) Die Verwendung der Daten erfolgt ausschließlich nach Maßgabe der nationalen Vorschriften der Parteien, sofern der Vertrag nicht strengere Vorschriften enthält.

Artikel 12

Wenn im Rahmen des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems Daten zwischen den zentralen registerführenden Behörden ausgetauscht werden, so ist die übermittelnde zentrale registerführende Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die im Anschluss getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

Artikel 13

Die datenübermittelnde zentrale registerführende Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nationalen Vorschriften über die Bereitstellung von Daten zu beachten.

Wenn es sich erweist, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der die Daten empfangenden zentralen registerführenden Behörde unverzüglich mitzuteilen. Die empfangende zentrale registerführende Behörde ist verpflichtet, die übermittelten Daten zu löschen oder zu berichtigen.

Artikel 14

Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie

passed on exclusively to police, customs, prosecution and national security authorities in order to achieve the purpose set out in Article 2 paragraph (2). This information shall in no case be passed on to any other body or organisation.

Article 10

The central registration authorities shall ensure that all documents of other central registration authorities received are invalidated, destroyed or returned to the appropriate authority, in accordance with the national regulations of the Parties.

Chapter IV Data protection

Article 11

(1) The Parties shall use information transmitted under the European Vehicle and Driving Licence Information System only in order to achieve the purpose set out in Article 2 paragraph (2).

(2) The information shall only be used in accordance with the national regulations of the Parties unless the Treaty contains stricter provisions.

Article 12

If information is exchanged between central registration authorities under the European Vehicle and Driving Licence Information System, the central registration authority providing the information shall be informed on request of the use to which the information provided is to be put and of the follow up action taken.

Article 13

The central registration authority providing the information shall have regard to the accuracy of the information to be provided and whether it is necessary and commensurate in relation to the purpose for which it is provided. The relevant national regulations on the provision of data must be observed.

If it becomes evident that incorrect information or information that should not have been provided has been provided, the central registration authority receiving the information shall be informed immediately. The central registration authority receiving the information shall then delete or correct the information that has been received.

Article 14

The person concerned shall be informed about the information that has been pro-

être communiquées qu'aux seules autorités policières, douanières, judiciaires et de sûreté nationale, aux fins de la réalisation de l'objet défini à l'article 2, alinéa (2). Ces données ne doivent en aucun cas être transmises à une quelconque autre entité ou organisation.

Article 10

Les autorités centrales garantissent que tous les documents reçus de la part d'autres autorités centrales seront invalidés, détruits ou restitués à l'autorité concernée, conformément aux prescriptions nationales des Parties.

Chapitre IV Protection des données

Article 11

(1) Les Parties ne doivent utiliser des données qui sont communiquées dans le cadre du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire qu'aux seules fins de la réalisation de l'objet défini à l'article 2, alinéa (2).

(2) L'utilisation des données ne doit intervenir que conformément aux prescriptions nationales des Parties, pour autant que le Traité ne prévoit pas des prescriptions plus sévères.

Article 12

Si des données sont échangées entre des autorités centrales dans le cadre du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire, l'autorité centrale ayant communiqué les données doit, sur sa demande, être informée de l'utilisation des données transmises ainsi que des mesures prises consécutivement.

Article 13

L'autorité centrale qui communique les données, est tenue de vérifier l'exactitude des données à communiquer ainsi que la nécessité et la proportionnalité de cette communication par rapport à la finalité poursuivie. Les prescriptions nationales applicables en matière de communication de données doivent être respectées.

S'il est établi que des données inexactes ou des données qui n'auraient pas dû être communiquées ont fait l'objet d'une communication, l'autorité centrale destinataire de ces données doit en être informée sur-le-champ. L'autorité centrale destinataire est alors tenue de supprimer ou de corriger les données qu'elle a reçues.

Article 14

La personne concernée doit, sur sa demande, être informée des données la

über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zu dieser Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung gemäß den nationalen Vorschriften ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach den nationalen Vorschriften der Partei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

Artikel 15

Soweit die für die übermittelnde zentrale registerführende Behörde geltenden nationalen Vorschriften in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsehen, weist die übermittelnde zentrale registerführende Behörde den Datenempfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

Kapitel V

Sicherheit des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems

Artikel 16

(1) Die zentralen registerführenden Behörden treffen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Datensicherheit im Rahmen des Vertrags.

(2) Insbesondere sind Maßnahmen zu treffen, um

- i) zu verhindern, dass Unbefugte Zugang zu den Datenverarbeitungsanlagen erhalten;
- ii) zu verhindern, dass Daten von Unbefugten gelesen, kopiert, verändert oder gelöscht werden;
- iii) die nicht genehmigte Abfrage oder Übermittlung von Daten zu verhindern;
- iv) unbefugtes Lesen oder Kopieren von Daten während der Datenübermittlung zu verhindern.

Artikel 17

Die zentralen registerführenden Behörden stellen sicher, dass Aufzeichnungen gefertigt werden und dass die von ihnen geführten Aufzeichnungen über Daten, die von den zentralen registerführenden Behörden der Parteien abgerufen worden sind, den nationalen Datenschutzvorschriften entsprechen.

vided on him and about the use to which it is to be put, if he so requests. There is no obligation to give this information if it is considered, in accordance with the national regulations, that the public interest in not giving the information outweighs the interest of the person concerned in being given the information. In addition, the right of the person concerned to be told of the information that is available on him is governed by the national regulations of the Party in whose territory the information is requested.

Article 15

As far as the national regulations applicable to the central registration authority providing the information imposes particular deletion periods for the personal information that has been provided, the central registration authority providing the information shall inform the receiver of the information accordingly. Irrespective of these periods the personal information that has been provided shall be deleted as soon as it is no longer required for the purpose for which it was provided.

Chapter V

Security of the European Vehicle and Driving Licence Information System

Article 16

(1) The central registration authorities shall take the necessary technical and organisational measures to ensure the security of the data in the context of the Treaty.

(2) In particular measures shall be taken to

- i) prevent unauthorised persons gaining access to the data processing equipment;
- ii) prevent information from being read, copied, amended or deleted by unauthorised persons;
- iii) prevent unauthorised interrogation or transmission of information;
- iv) prevent unauthorised reading or copying of information during transmission.

Article 17

The central registration authorities shall ensure that records are produced and that records kept by them on the information retrieved from the central registration authorities of the Parties comply with national data protection requirements.

concernant ayant fait l'objet d'une communication et de la finalité de cette communication. L'obligation de pareille information n'est pas donnée, s'il est établi que, selon les prescriptions nationales, l'intérêt public de ne pas communiquer cette information prime le droit de la personne concernée par la communication de cette information. Par ailleurs, le droit de la personne concernée d'être renseignée sur les données existant sur sa personne est régi par les prescriptions nationales de la Partie sur le territoire national de laquelle le renseignement est demandé.

Article 15

Pour autant que les prescriptions nationales applicables à l'autorité centrale qui communique des données prévoient des délais de suppression particuliers pour les données personnelles ayant fait l'objet d'une communication, l'autorité centrale communiquant les données informe, en conséquence, le destinataire des données. Indépendamment de ces délais, les données personnelles ayant fait l'objet d'une communication doivent être supprimées dès qu'elles ne sont plus nécessaires aux fins pour lesquelles elles ont été communiquées.

Chapitre V

Sécurité du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire

Article 16

(1) Les autorités centrales prennent les mesures techniques et organisationnelles requises pour assurer la sécurité des données dans le cadre du Traité.

(2) En particulier, il y a lieu de prendre des mesures destinées à

- i) empêcher que des personnes non autorisées aient accès aux installations destinées à la gestion des données;
- ii) empêcher que des données soient lues, copiées, modifiées ou supprimées par des personnes non autorisées;
- iii) empêcher la consultation ou la communication non autorisée de données;
- iv) empêcher la lecture ou la copie non autorisée de données pendant qu'elles sont communiquées.

Article 17

Les autorités centrales doivent s'assurer que des enregistrements soient dressés et que les enregistrements détenus par elles sur les données récupérées auprès des autorités centrales des Parties soient conformes aux prescriptions nationales sur la protection des données.

Diese Aufzeichnungen

- i) müssen den Grund für den Datenabruf, nähere Angaben zu den abgerufenen Daten sowie Datum und Uhrzeit der Abrufe enthalten;
- ii) dürfen nur für Kontrollzwecke verwendet werden;
- iii) sind in geeigneter Weise gegen zweckfremde Verwendung und gegen sonstigen Missbrauch zu schützen und nach zwölf Monaten zu löschen.

These records shall

- i) contain the reason for the retrieval, details of information retrieved and the date and time of retrievals;
- ii) be used only for audit purposes;
- iii) be suitably protected against misapplication and against other misuse and be deleted after twelve months.

Ces enregistrements

- i) doivent comporter la raison de la récupération, des indications détaillées sur les données récupérées ainsi que la date et l'heure des récupérations;
- ii) ne doivent être utilisés qu'à des fins d'audit;
- iii) doivent être protégés de façon appropriée contre une utilisation irrégulière et contre toute autre forme d'abus et être supprimés après douze mois.

Kapitel VI

Datenschutzüberwachung

Artikel 18

Jede Partei benennt ihre nationalen Aufsichtsbehörden nach Richtlinie 95/46/EG, welche beauftragt sind, völlig unabhängig die Einhaltung der Datenschutzvorschriften des Vertrags zu überwachen.

Die Aufsichtsbehörden sollen nach Maßgabe ihrer jeweiligen spezifischen nationalen Rechtsvorschriften unabhängig Aufsicht führen und Kontrollen vornehmen, um zu gewährleisten, dass durch den Abruf und die Verwendung der Daten die Rechte der betroffenen Personen nicht verletzt werden. Zu diesem Zweck haben die Aufsichtsbehörden Zugang zum Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem.

Chapter VI

Monitoring of data protection

Article 18

Each Party shall, according to Directive 95/46/EC, appoint its national supervisory authorities which have the task of fully independently monitoring the compliance with the data protection provisions of the Treaty.

The supervisory bodies shall carry out independent supervision and checks in accordance with their particular national legal regulations in order to ensure that the rights of the persons concerned are not infringed by the retrieval and use of the information. For this purpose the supervisory bodies shall have access to the European Vehicle and Driving Licence Information System.

Chapitre VI

Surveillance de la protection des données

Article 18

Chaque Partie désigne, conformément à la directive 95/46/CE, ses autorités de contrôle nationales qui sont chargées de surveiller de façon tout à fait indépendante le respect des prescriptions sur la protection des données du Traité.

Les autorités de contrôle procèdent à une surveillance et à des contrôles indépendants, conformément à leurs prescriptions légales nationales particulières, en vue de garantir que les droits des personnes concernées ne sont pas violés de par la récupération et l'utilisation des données. À ces fins les autorités de surveillance ont accès au Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire.

Kapitel VII

Organisation

Artikel 19

(1) Es wird eine Kommission aus Vertretern der zentralen registerführenden Behörden der Parteien eingesetzt. Unabhängig von der Anzahl der Vertreter, die jede zentrale registerführende Behörde in die Kommission entsendet, hat jede Behörde eine Stimme.

Die Kommission trifft ihre Beschlüsse einstimmig in Bezug auf die Bestimmungen des Absatzes 2 Buchstabe a und mit Vierfünftel-Mehrheit in Bezug auf die Bestimmungen des Absatzes 2 Buchstabe b.

Die Kommission legt ihre anfängliche Geschäftsordnung einstimmig fest; nachträgliche Änderungen werden mit Vierfünftel-Mehrheit angenommen.

(2) Die Kommission ist verantwortlich

- a) für die Durchführung und ordnungsgemäße Anwendung der Bestimmungen des Vertrags;
- b) für das ordnungsgemäße Funktionieren des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems in technischer und betrieblicher Hinsicht; sie überwacht insbesondere die von den

Chapter VII

Organisation

Article 19

(1) A Board shall be set up consisting of representatives of the central registration authorities of the Parties. Each authority shall have one vote, irrespective of the number of representatives that each central registration authority delegates to the Board.

The Board shall pass resolutions on the provisions of paragraph (2) letter a) unanimously and resolutions on the provisions of paragraph (2) letter b) with a four fifths majority.

The Board shall adopt its initial Rules of Procedure unanimously; subsequent amendments shall be adopted with a four fifths majority.

(2) The Board shall be responsible

- a) for the implementation and correct application of the provisions of the Treaty;
- b) for the correct technical and operational functioning of the European Vehicle and Driving Licence Information System; it shall in particular monitor the measures taken by the central registra-

Chapitre VII

Organisation

Article 19

(1) Il est institué un Comité composé des représentants des autorités centrales des Parties. Indépendamment du nombre de représentants qu'elle délègue au Comité, chaque autorité dispose d'une voix.

Les résolutions du Comité relatives aux dispositions de l'alinéa (2) sous a) sont prises à l'unanimité et celles relatives aux dispositions de l'alinéa (2) sous b) avec une majorité des quatre cinquièmes.

Le Comité arrête son règlement intérieur initial à l'unanimité; les amendements subséquents sont adoptés à la majorité des quatre cinquièmes.

(2) Le Comité est responsable

- a) pour la mise en œuvre et l'application conforme des dispositions du Traité;
- b) pour le fonctionnement conforme du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire sur le plan technique et opérationnel; il surveille notamment les

zentralen registerführenden Behörden nach Artikel 16 Absatz 2 getroffenen Maßnahmen, um die Datensicherheit zu gewährleisten.

(3) Stimmen können vorbehaltlich einer späteren Bestätigung innerhalb von maximal zwei Monaten abgegeben werden.

(4) Einstimmig gefasste Beschlüsse sind für die Parteien im Rahmen ihrer nationalen Vorschriften verbindlich.

(5) Beschlüsse, die mit Stimmenmehrheit gefasst wurden, haben für diejenigen Parteien, die gegen sie gestimmt haben, den Status von Empfehlungen.

Artikel 20

(1) Die Kosten in Verbindung mit dem Betrieb und der Benutzung des Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem durch die Parteien in ihrem Hoheitsgebiet werden von der betroffenen Partei getragen.

(2) Die gemeinsamen Ausgaben, die durch die Durchführung des Vertrags entstehen, werden – vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung durch die Kommission – von den Parteien zu gleichen Teilen getragen.

Kapitel VIII

Verantwortung und Haftung

Artikel 21

(1) Wird jemand infolge einer rechtswidrigen Verarbeitung von Daten, auf die sich der Vertrag bezieht, geschädigt, so muss ihm gegenüber hierfür die Partei der empfangenden zentralen registerführenden Behörde, nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften, haften. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die Behörde, die die Daten übermittelt hat, verursacht worden ist.

(2) Leistet die Partei der empfangenden zentralen registerführenden Behörde Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Nutzung von unrichtigen oder unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so verlangt diese Partei Entschädigung von der Partei der übermittelnden zentralen registerführenden Behörde.

(3) Die Partei der übermittelnden zentralen registerführenden Behörde kann, ganz oder teilweise, von ihrer Verpflichtung enthoben werden, wenn sie nachweisen kann, dass sie nicht verantwortlich ist.

Kapitel IX

Schlussbestimmungen

Artikel 22

(1) Für die Vertragsparteien, die ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmi-

tion authorities in accordance with Article 16 paragraph (2) in order to ensure security of information.

(3) Votes may be cast under reservation of subsequent confirmation within a maximum of two months.

(4) Unanimously passed resolutions shall be binding on the Parties within the framework of their national regulations.

(5) Resolutions passed with a majority of votes shall have the status of recommendations for those Parties who have voted against the resolution.

Article 20

(1) The costs of operating and applying the European Vehicle and Driving Licence Information System by the Parties on their territory shall be borne by the Party concerned.

(2) Subject to prior approval by the Board the common expenses incurred in implementing the Treaty shall be borne by the Parties in equal shares.

Chapter VIII

Responsibility and liability

Article 21

(1) If anyone has suffered damage as a result of an unlawful processing of information to which the Treaty relates, the Party of the central registration authority receiving the information shall be liable to him in accordance with its national law. It cannot exonerate itself from liability to the harmed person by giving the excuse that the harm was caused by the authority having transmitted the information.

(2) If the Party of the receiving central registration authority pays compensation for damage caused by the use of incorrect or incorrectly provided information, that Party requests compensation from the Party of the providing central registration authority.

(3) The Party of the providing central registration authority may be exempted from its liability, in whole or in part, if it proves that it is not responsible.

Chapter IX

Final clauses

Article 22

(1) For the contracting Parties which have deposited their instrument of ratifica-

mesures prises par les autorités centrales conformément à l'article 16, alinéa (2), aux fins de garantir la sécurité des données.

(3) Les votes peuvent être émis sous réserve de leur confirmation ultérieure endéans un délai maximum de deux mois.

(4) Les résolutions prises à l'unanimité engagent les Parties dans le cadre de leurs prescriptions nationales.

(5) Les résolutions prises à la majorité des voix ont un caractère de recommandations pour les Parties qui ont voté contre la résolution.

Article 20

(1) Les frais relatifs à la gestion et à l'utilisation du Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire par les Parties sur leur territoire national sont à charge de la Partie concernée.

(2) Sous réserve de l'assentiment préalable du Comité les dépenses communes générées par la mise en œuvre du Traité sont supportées par les Parties à parts égales.

Chapitre VIII

Responsabilité

Article 21

(1) Si quelqu'un a subi un préjudice suite à un traitement illégal de données auxquelles se rapporte le Traité, la Partie de l'autorité centrale destinataire des données en est responsable vis-à-vis de lui, conformément à sa législation nationale. Elle ne peut se soustraire à sa responsabilité vis-à-vis de la personne lésée en invoquant le fait que le préjudice a été causé par l'autorité ayant communiqué les données.

(2) Si la Partie de l'autorité centrale destinataire répare le préjudice causé par l'utilisation de données incorrectes ou de données communiquées de façon non conforme, cette Partie demande à la Partie de l'autorité centrale ayant communiqué les données de la tenir indemne.

(3) La Partie de l'autorité centrale ayant communiqué les données peut être déchargée totalement ou partiellement de sa responsabilité, si elle peut établir qu'elle n'est pas responsable.

Chapitre IX

Dispositions finales

Article 22

(1) À l'égard des Parties contractantes ayant déposé leur instrument de ratifica-

gungsurkunde hinterlegt haben, tritt der Vertrag am ersten Tag des zweiten Monats nach Eingang beim Verwahrer der vierten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(2) Für die fünfte Vertragspartei tritt der Vertrag am ersten Tag des zweiten Monats nach Eingang beim Verwahrer ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Artikel 23

Jede Partei notifiziert dem Verwahrer ihre nationalen zentralen registerführenden Behörden, die für die Führung der zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregister verantwortlich sind.

Artikel 24

(1) Jeder Staat, der die Datenschutzbestimmungen der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 anwendet, kann den Beitritt zum Vertrag beantragen.

(2) Ein solcher Antrag ist dem Verwahrer in schriftlicher Form vorzulegen und bedarf der einstimmigen Zustimmung durch die Parteien.

(3) Die Beitrittsurkunden sind beim Verwahrer zu hinterlegen.

(4) Für jeden Staat, der dem Vertrag beiträgt, tritt dieser am ersten Tag des zweiten Monats, nachdem dieser Staat seine Beitrittsurkunde hinterlegt hat, in Kraft.

Artikel 25

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg ist der Verwahrer des Vertrags.

Sie unterrichtet die Vertragsparteien und die beigetretenen Parteien über

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jeden Beitrittsantrag nach Artikel 24;
- c) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- d) den Zeitpunkt des Inkrafttretens für jede Partei;
- e) jede Notifikation der Kündigung des Vertrags;
- f) die nach Artikel 23 notifizierten nationalen zentralen registerführenden Behörden.

Artikel 26

(1) Der Vertrag kann von jeder Partei jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag des Inkrafttretens des Vertrags für die betreffende Partei gekündigt werden.

(2) Die Kündigung erfolgt durch eine schriftliche Notifikation an den Verwahrer.

tion, acceptance or approval, the Treaty shall enter into force on the first day of the second month following the date of receipt by the Depositary of the deposit of the fourth instrument of ratification, acceptance or approval.

(2) For the fifth contracting Party it shall enter into force on the first day of the second month following the date of receipt by the Depositary of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 23

Each Party shall notify the Depositary of its national central registration authorities responsible for managing the central registers of vehicles and driving licences.

Article 24

(1) Any State that applies the data protection provisions of Directive 95/46/EC of the European Parliament and of the Council of 24 October 1995 may apply to accede to the Treaty.

(2) Such application shall be made in writing to the Depositary and shall be subject to unanimous approval by the Parties.

(3) Instruments of accession shall be deposited with the Depositary.

(4) For each State that accedes to it, the Treaty shall enter into force on the first day of the second month after the date of deposit by such State of its instrument of accession.

Article 25

The Government of the Grand Duchy of Luxembourg is the Depositary of the Treaty.

It shall notify the contracting and acceded Parties of:

- a) any signature;
- b) any application for accession referred to in Article 24;
- c) any deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- d) the date of entry into force for any Party;
- e) any notification of withdrawal from the Treaty;
- f) the national central registration authorities notified according to Article 23.

Article 26

(1) Any Party may withdraw from the Treaty at any time after two years from the date on which the Treaty has entered into force for that Party.

(2) Withdrawal shall be effected by written notification to the Depositary.

tion, d'acceptation ou d'approbation, le Traité entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date de réception par le dépositaire du quatrième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(2) Pour la cinquième Partie contractante, le Traité entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date de réception par le dépositaire de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Article 23

Chaque Partie notifie au dépositaire ses autorités centrales nationales responsables de la gestion des banques de données centrales des véhicules et des permis de conduire.

Article 24

(1) Tout État qui applique les dispositions de protection des données de la directive 95/46/CE du Parlement Européen et du Conseil du 24 octobre 1995 peut demander son adhésion au Traité.

(2) Une telle demande d'adhésion doit être adressée par écrit au dépositaire et elle est soumise à l'approbation unanime des Parties.

(3) Les instruments d'adhésion sont à déposer auprès du dépositaire.

(4) Pour chaque État adhérent, le Traité entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date de dépôt par cet État de son instrument d'adhésion.

Article 25

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg est le dépositaire du Traité.

Il informe les Parties contractantes et adhérentes:

- a) de chaque signature;
- b) de chaque demande d'adhésion dont question à l'article 24;
- c) de chaque dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
- d) de la date d'entrée en vigueur pour chaque Partie;
- e) de chaque notification de dénonciation du Traité;
- f) des autorités centrales nationales notifiées en vertu de l'article 23.

Article 26

(1) Chaque Partie peut dénoncer le Traité à tout moment, après un délai de deux ans à compter du jour de l'entrée en vigueur du Traité pour cette Partie.

(2) La dénonciation est notifiée par écrit au dépositaire.

(3) Eine solche Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen in Luxemburg am 29. Juni 2000 in deutscher, englischer, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt wird, welche jeder Vertragspartei und jeder beigetretenen Partei eine beglaubigte Abschrift übermittelt.

Für das Königreich Belgien
P. Vercauteren Drubbel

Für die Bundesrepublik Deutschland
Horst Pakowski

Für das Großherzogtum Luxemburg
Polfer

Für das Königreich der Niederlande
J.S.L. Gualtherie van Weezel

Für das Vereinigte Königreich
von Großbritannien und Nordirland
William Ehrman

(3) Any such withdrawal shall take effect one year after receipt of such notification by the Depository.

In witness whereof the duly authorised undersigned have signed this Treaty.

Done in Luxembourg on 29th June 2000 in the Dutch, English, French and German languages, the four texts being equally authentic, in one original which shall be deposited with the Government of the Grand Duchy of Luxembourg, which shall transmit a certified copy to each contracting and acceded Party.

For the Kingdom of Belgium
P. Vercauteren Drubbel

For the Federal Republic of Germany
Horst Pakowski

For the Grand Duchy of Luxembourg
Polfer

For the Kingdom of the Netherlands
J.S.L. Gualtherie van Weezel

For the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
William Ehrman

(3) Une telle dénonciation prend effet un an après la date de réception de la notification afférente par le dépositaire.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Traité.

Fait à Luxembourg le 29 juin 2000 dans les langues allemande, anglaise, française et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, en un exemplaire original qui est déposé dans les archives du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, qui en remet une copie certifiée conforme à chaque Partie contractante et adhérente.

Pour le Royaume de Belgique
P. Vercauteren Drubbel

Pour la République Fédérale d'Allemagne
Horst Pakowski

Pour le Grand-Duché de Luxembourg
Polfer

Pour le Royaume des Pays-Bas
J.S.L. Gualtherie van Weezel

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
William Ehrman

Denkschrift zu dem Vertrag

I. Allgemeines

Der Vertrag über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) wurde am 29. Juni 2000 von Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland unterzeichnet. Gegenstand des Vertrags ist das European Car and Driving Licence Information System, das den Datenaustausch zwischen den zentralen Fahrzeug- und Fahrerlaubnisregisterbehörden der teilnehmenden Staaten im automatisierten Abrufenverfahren ermöglicht, um die aus dem jeweiligen Partnerstaat stammenden Fahrzeuge im Zulassungsverfahren zu identifizieren und festzustellen, ob ggf. Gründe gegen eine beantragte Zulassung vorliegen (z. B. Diebstahl). Darüber hinaus ermöglicht das Verfahren die Prüfung, ob eine Person, die die Erteilung einer Fahrerlaubnis beantragt, ggf. bereits im Besitz der Fahrerlaubnis in einem der Partnerstaaten ist. Insofern dient EUCARIS mittelbar der Verwirklichung der Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein, wonach jeder Bürger aus einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft im Besitz nur einer Fahrerlaubnis sein darf.

Nach seinem Artikel 22 tritt der Vertrag in Kraft, wenn vier der Vertragsparteien ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde bei dem Verwahrer des Vertrags hinterlegt haben. Als erster Vertragsstaat haben am 4. Mai 2001 die Niederlande ihre Annahmearkunde hinterlegt. In den übrigen Vertragsstaaten werden entsprechende Maßnahmen vorbereitet. Weitere Staaten, die einen Antrag auf Beitritt bereits gestellt (z. B. Schweden, Lettland) oder einen solchen angekündigt haben (z. B. Ungarn, Finnland), können erst nach Inkrafttreten des Vertrags diesem beitreten.

II. Besonderes

Artikel 1 definiert die in dem Vertrag mehrfach verwendeten Begriffe „Partei“, „zentrale registerführende Behörden“, „nationale Vorschriften“ und „personenbezogene Daten“.

Artikel 2 regelt die Einrichtung eines Europäischen Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems (EUCARIS) durch die zentralen registerführenden Behörden der Vertragsstaaten und legt dessen Zweckbestimmung fest.

Artikel 3 legt fest, dass sich die zentralen registerführenden Behörden im Rahmen des EUCARIS-Systems gegenseitig Einsichtnahme in einen Teil der in den jeweiligen Fahrzeug- und Führerscheinregistern gespeicherten Daten ermöglichen und hierfür die erforderlichen Voraussetzungen bereitstellen.

Artikel 4 regelt, dass zur Zweckerreichung des EUCARIS-Verfahrens die zentralen registerführenden Behörden unter Verwendung automatisierter Verfahren Daten in den zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregistern abrufen können.

Artikel 5 legt den Umfang der Daten fest, die im automatisierten Verfahren durch die zentralen registerführenden Behörden verfügbar sein müssen.

Artikel 6 legt fest, dass die zentralen registerführenden Behörden bei bestehenden Zweifeln über die tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse an Fahrzeugen oder Führerscheinen vor Vornahme weiterer Verwaltungshandlungen aufklärende Maßnahmen einzuleiten haben.

Artikel 7 enthält Unterrichtungspflichten im Falle der Zulassung von Fahrzeugen, die bereits in einem anderen Vertragsstaat zugelassen waren, sowie bei Ersatzausstellung, Umtausch oder Registrierung eines Führerscheins, der in einem anderen Vertragsstaat ausgestellt wurde.

Artikel 8 bestimmt, dass der Zugang zu den im Rahmen des EUCARIS-Systems bereitgehaltenen Daten den zentralen registerführenden Behörden vorbehalten ist und diese die Verantwortung für den ordnungsgemäßen Betrieb haben.

Artikel 9 regelt, dass die zur Erreichung des Vertragszwecks im Rahmen des EUCARIS-Systems übermittelten Daten nur an die zur Zulassung von Fahrzeugen und zur Erteilung von Führerscheinen zuständigen Verwaltungsbehörden sowie an Polizei-, Zoll-, Strafverfolgungs- und nationale Sicherheitsbehörden weitergeleitet werden dürfen.

Artikel 10 verpflichtet die zentralen registerführenden Behörden, mit im Rahmen des EUCARIS-Systems erhaltenen Dokumenten nach Maßgabe der nationalen Vorschriften zu verfahren.

Artikel 11 begrenzt die Verwendung der im Rahmen des EUCARIS-Vertrags übermittelten Daten auf den Vertragszweck.

Artikel 12 verpflichtet die datenempfangende Behörde gegenüber der übermittelnden Behörde, über die Verwendung der Daten und über die im Anschluss getroffenen Maßnahmen auf Ersuchen, also im Einzelfall, Auskunft zu geben.

Artikel 13 verpflichtet die datenübermittelnde Behörde dazu, auf die Richtigkeit der übermittelten Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten.

Artikel 14 enthält die grundsätzliche Verpflichtung, dem Betroffenen auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen.

Artikel 15 enthält Regelungen zur Löschung der übermittelten personenbezogenen Daten.

Artikel 16 zählt die wichtigsten Maßnahmen auf, die zur Gewährleistung der Datensicherheit im Rahmen des Vertrags von den zentralen registerführenden Behörden zu treffen sind.

Artikel 17 enthält Regelungen zur Dokumentation der Datenübermittlung durch die zentralen registerführenden Behörden.

Artikel 18 verpflichtet die Vertragsparteien zur Benennung von Aufsichtsbehörden für die Datenschutzüberwachung.

Artikel 19 betrifft die Einsetzung einer Kommission aus Vertretern der zentralen registerführenden Behörden der Vertragsstaaten, die für die Durchführung und ordnungsgemäße Anwendung der Bestimmungen des Vertrags sowie für das ordnungsgemäße Funktionieren des EUCARIS-Systems verantwortlich ist.

Artikel 20 legt fest, dass die Kosten für den Betrieb und die Benutzung des EUCARIS-Systems vom jeweiligen Benutzer getragen werden, während gemeinsame Ausgaben, die durch die Durchführung des Vertrags entstehen, von den Parteien zu gleichen Teilen getragen werden.

Artikel 21 enthält Regelungen zur Verantwortung und Haftung, wenn infolge einer rechtswidrigen Verarbeitung von Daten, auf die sich der Vertrag bezieht, ein Schaden eintritt.

Artikel 22 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags.

Artikel 23 verpflichtet die Vertragsparteien, dem Verwahrer des Vertrags ihre nationalen zentralen registerführenden Behörden zu notifizieren.

Artikel 24 regelt die Voraussetzungen, unter denen weitere Staaten dem Vertrag beitreten können.

Artikel 25 enthält Bestimmungen über den Verwahrer des Vertrags und seine Unterrichtungspflichten.

Artikel 26 regelt die Voraussetzungen einer Kündigung des Vertrags.